NDB-online Artikel

Lambsdorff, *Otto* **Friedrich Wilhelm von der Wenge Graf**

1926 – 2009

Jurist, Finanzmanager, Politiker, Bundesminister

Der FDP-Politiker Otto Graf Lambsdorff galt als bekanntester Repräsentant eines wiedererstarkten Wirtschaftsliberalismus in der bundesdeutschen Politik vor der Wiedervereinigung. Als Wirtschaftspolitiker und Bundeswirtschaftsminister sehr einflussreich, u. a. bei der koalitionspolitischen „Wende“ 1982, genoss er über seine Rolle als „marktwirtschaftliches Gewissen“ hinaus und trotz seiner Verwicklung in die Flick-Parteispendenaffäre sowie Verurteilung wegen Beihilfe zur Steuerhinterziehung allgemeine Anerkennung, die er auch für Menschenrechtsfragen und internationale Verständigung einsetzte.

Geboren am 20. Dezember 1926 in Aachen
Gestorben am 5. Dezember 2009 in Bonn
Grabstätte Südwestkirchhof in Stahnsdorf (Brandenburg)
Konfession evangelisch-lutherisch

Tabellarischer Lebenslauf
1932 1941 Schulbesuch u. a. Helmholtz-Realgymnasium Berlin-Schöneberg
1941 1944 Schulbesuch Ritterakademie; Saldern-Gymnasium Brandenburg an der Havel
1944 1945 Kriegsdienst Wehrmacht, Panzeraufklärungs-Ausbildungs-Abteilung Meiningen
1945 1946 Kriegsgefangenschaft
1946 Abitur Pestalozzi-Gymnasium Unna
1946 1950 Jurastudium (Abschluss: Erstes Staatsexamen) Universität Bonn; Köln
1951 2009 Mitglied FDP Aachen
1951 1953 Vorstandsmitglied FDP-Landesverband Nordrhein-Westfalen Düsseldorf
1952 Promotion (Dr. iur.) Universität Köln
1955 Zweites Staatsexamen
1955 1971 Leitender Angestellter Commerzbank; C. G. Trinkaus & Co Oberhausen; Düsseldorf
1960 Zulassung als Rechtsanwalt Landgericht Düsseldorf
1968 1978 Landesschatzmeister FDP-Landesverband Nordrhein-Westfalen Düsseldorf
1971 1978 Vorstandsmitglied Victoria Rückversicherungs AG Berlin; Düsseldorf

1972 2009 Vorstandsmitglied FDP-Bundesverband Bonn; Berlin
1972 1998 Abgeordneter der FDP Bundestag Bonn
1977 27.6.1984 Bundesminister für Wirtschaft Bundesregierung Bonn
1982 2009 Präsidiumsmitglied FDP-Bundesverband Bonn; Berlin
1984 1987 Strafverfahren und Verurteilung wegen Beihilfe zur Steuerhinterziehung (Flick-Affäre) Landgericht Bonn
1988 1993 Bundesvorsitzender FDP-Bundesverband Bonn
1995 2006 Vorstandsvorsitzender Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit Bonn; Potsdam
1999 2002 Sonderbeauftragter für die Verhandlungen über Entschädigung ehemaliger NS-Zwangsarbeiter in Deutschland Bundesregierung Berlin

Genealogie

Vater **Herbert** Leonce **von der Wenge Graf Lambsdorff** 26.2. jul. /10.3. greg. 1899–23.11.1976 russischer Kadett; Kaufmann
Großvater väterlicherseits **Arved von der Wenge Graf Lambsdorff** 21.2. jul. /5.3. greg. 1875–1.4.1939
Großmutter väterlicherseits **Irmgard von der Wenge Gräfin Lambsdorff**, geb. Baronesse von Heyking 12.4. jul. /24.4. greg. 1877–13.5.1954
Mutter **Eva von der Wenge Gräfin Lambsdorff**, geb. von Schmid 5.8.1904–1.4.1978
Großvater mütterlicherseits **Carl von Schmid** 1870–1933 Offizier
Großmutter mütterlicherseits **Helene Anna von Schmid**, geb. Charlier 1880–1958
Schwester **Elgin von der Wenge Gräfin Lambsdorff** geb. 1929
Bruder **Hagen von der Wenge Graf Lambsdorff** geb. 20.12.1935 Diplomat
1. Heirat 3.10.1953 in Aachen
Ehefrau **Renate von der Wenge Gräfin Lambsdorff**, geb. Lepper 26.3.1929–17.10.1988
Schwiegervater **Richard Lepper** 17.7.1897–30.3.1943 Generalmajor
Schwiegermutter **Ruth Lepper**, geb. von Jagow geb. 11.9.1901
Sohn **Nikolaus von der Wenge Graf Lambsdorff** geb. 10.8.1954 Diplom-Volkswirt, Diplom-Politologe; Diplomat, Ministerialdirigent im Auswärtigen Amt, Botschafter; Ehrenritter des Johanniterordens
Tochter **Cecilie von der Wenge Gräfin Lambsdorff** geb. 13.7.1956 Rechtsanwältin
Tochter **Susanne von der Wenge Gräfin Lambsdorff** geb. 30.9.1959 Schulleiterin
Scheidung 25.2.1975
2. Heirat 20.11.1975 in Bonn
Ehefrau **Alexandra von der Wenge Gräfin Lambsdorff** , geb. von Quistorp 28.7.1945 Diplom-Volkswirtin; Leitende Angestellte in der Kreditwirtschaft
Schwiegervater **Alexander von Quistorp** 13.8.1892–22.10.1974 Bankier; Gutsbesitzer
Schwiegermutter **Theda von Quistorp**, geb. von Falkenhayn 3.5.1905–17.5.1984
Neffe (Sohn des Bruders) **Alexander von der Wenge Graf Lambsdorff** geb. 5.11.1966 Diplomat; FDP-Politiker

Lambsdorff, der aus dem kurländischen Zweig eines deutsch-baltischen Adelsgeschlechts stammte, verlebte seine Jugend in Berlin und war Schüler der Ritterakademie in Brandenburg an der Havel. 1944 zum Kriegsdienst einberufen, erlitt er als Offiziersanwärter kurz vor Kriegsende eine schwere Verwundung, die zur Amputation des linken Beins führte, und legte das Abitur erst 1946 nach der Kriegsgefangenschaft ab. Anschließend studierte er in Bonn und Köln Rechtswissenschaften, absolvierte 1950 das Erste Staatsexamen und wurde 1952 bei Hans Carl Nipperdey (1895–1968) in Köln zum Dr. iur. promoviert.

1951 trat Lambsdorff der FDP bei und arbeitete nach dem Zweiten Staatsexamen 1955 im Bank- und Versicherungsgewerbe; 1971 stieg er in den Vorstand einer Rückversicherung auf. Zunächst landespolitisch aktiv, beteiligte sich Lambsdorff als Mitglied der vorbereitenden Kommission an der FDP-Programmdiskussion, die 1971 zu den „Freiburger Thesen“ führte. 1972 zog er über die nordrhein-westfälische Landesliste in den Bundestag ein, wo er sich in der Nachfolge von Gerhard Kienbaum (1919–1998) als wirtschaftspolitischer Sprecher und überzeugter Marktwirtschaftler („Marktgraf“) profilierte und 1977 Nachfolger des Bundeswirtschaftsministers Hans Friderichs (geb. 1931) wurde. Mit diesem hatte Lambsdorff entscheidenden Anteil daran, dass die FDP im selben Jahr mit den „Kieler Thesen“ als Reaktion auf die erste Ölpreis-Krise programmatisch eine politische Neuausrichtung mit dem Fokus auf Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung vornahm.

Auch als Bundesminister für Wirtschaft im zweiten und dritten Kabinett von Bundeskanzler Helmut Schmidt (1918–2015) wurde Lambsdorff v. a. als Gegengewicht zum linken Flügel des sozialdemokratischen Koalitionspartners und zu den Gewerkschaften wahrgenommen, indem er sich u. a. einer weiteren Staatsverschuldung widersetzte. Nach der dank der Stimmengewinne der FDP gewonnenen Bundestagswahl 1980 verstärkte sich der Streit innerhalb der sozialliberalen Koalition, auch weil es zu einer weiteren Ölpreis-Krise kam.

Ab 1981 strebte Lambsdorff, der politisch meist im Einklang mit Hans-Dietrich Genscher (1927–2016) handelte, eine wirtschafts- und sozialpolitische Neuorientierung notfalls durch Koalitionswechsel an, für die er im Folgejahr Mehrheiten in den FDP-Führungsgremien fand. Das von Kanzler Schmidt im September 1982 angeforderte Konzeptpapier seines Wirtschaftsministers („Lambsdorff-Papier“) löste den Bruch der SPD-FDP-Koalition aus, da Lambsdorff darin ein Umschwenken von der „Nachfrage- zur Angebotspolitik“ mit entsprechenden sozialpolitischen Einschnitten forderte, was eine Konfrontation mit der SPD und dem linksliberalen Flügel seiner eigenen Partei bedeutete.

Bundeskanzler Schmidt wurde kurz darauf mittels eines Konstruktiven Misstrauensvotums, das Lambsdorff und Teile der FDP-Fraktion unterstützten, gestürzt und durch den Christdemokraten Helmut Kohl (1930–2017) als Kanzler ersetzt. Dessen Kabinett gehörte Lambsdorff wiederum als Wirtschaftsminister an, auch nach der Bundestagswahl vom März 1983, die die neue christlich-liberale Koalition bei starken Verlusten der FDP bestätigte. Zwar konnte Lambsdorff noch bei den wirtschaftspolitischen Weichenstellungen (u. a.

Rückbau des Sozialstaats und Konsolidierung der Staatsfinanzen) für die ökonomische Erholung in den 1980er Jahren mitwirken, geriet aber infolge der sog. Flick-Affäre immer stärker unter öffentlichen Druck. Der Flick-Konzern hatte in den 1970er Jahren umfangreiche Spenden an die politischen Parteien getätigt, deren Herkunft verschleiert wurde. Auch Lambsdorff gehörte als damaliger Landesschatzmeister der FDP zu den Begünstigten und hatte als Bundeswirtschaftsminister 1978 eine umstrittene Steuerbefreiung in Höhe von 500 Millionen D-Mark für den Flick-Konzern genehmigt. Als vom Bonner Landgericht gegen ihn und seinen Amtsvorgänger eine Anklage wegen Bestechlichkeit respektive Steuerhinterziehung und gegen Vertreter des Flick-Konzerns wegen Bestechung zugelassen wurde, trat Lambsdorff Ende Juni 1984 von seinem Ministerposten zurück. Das Verfahren vor dem Landgericht Bonn endete 1987 für ihn mit einer Geldstrafe in Höhe von 180 000 D-Mark wegen Beihilfe zur Steuerhinterziehung. Eine persönliche Bereicherung wurde ebenso wenig nachgewiesen wie ein Zusammenhang der Spenden mit seinem ministeriellen Handeln, der Vorwurf der Bestechlichkeit wurde fallengelassen.

Lambsdorffs Reputation blieb auch über seine Partei hinaus weitgehend unbeschädigt. Er fungierte wieder als wirtschaftspolitischer Sprecher seiner Fraktion im Bundestag und setzte sich 1988 in einer Kampfabstimmung als Nachfolger von Martin Bangemann (1934–2022) als FDP-Vorsitzender durch. Den Parteivorsitz behielt er auch bei, als 1990 west- und ostdeutsche Liberale unter dem Dach der FDP fusionierten. In der Frage, wo der Sitz von Parlament und Regierung im wiedervereinigten Deutschland sein sollte, stimmte Lambsdorff, anders als die Mehrheit seiner Fraktion, für den Verbleib in Bonn. 1993 gab er den Parteivorsitz an Klaus Kinkel (1936–2019) ab und verzichtete 1998 auf eine erneute Kandidatur für den Bundestag.

Seit 1993 FDP-Ehrenvorsitzender, übernahm Lambsdorff 1995 von Wolfgang Mischnick (1921–2002) den Vorsitz der FDP-nahen Friedrich-Naumann-Stiftung, verlegte die Geschäftsstelle von Königswinter nach Potsdam und setzte neue Themen, wovon v. a. seine Vorschläge für eine Föderalismusreform allgemein Beachtung fanden. Einen weiteren Schwerpunkt der Stiftungsarbeit legte er auf die Menschenrechte und pflegte in dieser Zeit enge Kontakte zu Tenzin Gyatso (geb. 1935), dem 14. Dalai Lama. 2006 gab Lambsdorff den Stiftungsvorsitz zugunsten von Wolfgang Gerhardt (geb. 1943) auf.

Ab 1999 war Lambsdorff Sonderbeauftragter des Bundeskanzlers Gerhard Schröder (geb. 1944), um einen finanziellen Ausgleich zwischen deutschen Firmen und ehemaligen NS-Zwangsarbeitern im Ausland herbeizuführen, was nach langwierigen Verhandlungen 2001 u. a mit der Gründung der Stiftung „Erinnerung - Verantwortung - Zukunft“ gelang.

Auszeichnungen

1952 Rechtsritter des Johanniter-Ordens, Rheinische Genossenschaft (1963 Ehrenritter)
1977 Großes Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland (1980 mit Stern und Schulterband, 2000 Großkreuz)
1985 Thomas-Dehler-Preis der Thomas-Dehler-Stiftung

1986 Alexander-Rüstow-Plakette der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft
1990 Wolfgang-Döring-Medaille des FDP-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen
1991 Präsident der Liberalen Internationale (1996 Ehrenpräsident)
1993 Orden des Heiligen Schatzes mit Schulterband (Japan)
1993 Ehrendomherr des Domkapitels zu Brandenburg an der Havel
1993 Ehrenvorsitzender der FDP
1997 Orden des Marienlandkreuzes der Republik Estland I. Klasse
1998 Ludwig-Erhard-Medaille der Ludwig-Erhard-Stiftung
2000 Eric-M.-Warburg-Preis der Atlantik-Brücke e. V.
2002 Offizierskreuz der Französischen Ehrenlegion
2002 Komtur mit Stern des Verdienstordens der Republik Ungarn
2004 Hayek-Medaille der Friedrich A. von Hayek-Gesellschaft
2004 Light of Truth Award der International Campaign for Tibet
2005 Preis für Verständigung und Toleranz des Jüdischen Museums Berlin
2006 Verdienstorden des Landes Nordrhein-Westfalen

Quellen
Teilnachlass:

Archiv des Liberalismus, Gummersbach.

Weitere Archivmaterialien:

Archiv des Liberalismus, Gummersbach, Bestand FDP-Fraktion im Bundestag.

Bundesarchiv, Koblenz, Bestand B 102 Bundesministerium für Wirtschaft.

Interviews:

Hans-Roderich Schneider, Gefragt – Otto Graf Lambsdorff, ^{2}1980. (P)

Von Freiburg über Kiel zur „Wende“. Ein Gespräch mit Otto Graf Lambsdorff, in: Wolfgang Gerhardt (Hg.), Die Kraft der Freiheit, 2008, S. 86–100.

Werke
Abschied vom Reichsleistungsgesetz unter besonderer Berücksichtigung der aktuellen Rechtsprechung zum RLG, maschinenschriftliches Manuskript 1952. (Diss. iur.)

Zielsetzung. Aufgaben und Chancen der Marktwirtschaft, 1977.

Bewährung. Wirtschaftspolitik in Krisenzeiten, 1982.

Frische Luft für Bonn. Eine liberale Politik mit mehr Markt als Staat, 1987.

Otto Graf Lambsdorff/Lothar Späth, Aktive Industriepolitik? Über die Rolle des Staates in der Wirtschaftspolitik, 1988.

Freiheit in Verantwortung. Deutscher Liberalismus seit 1945, 1998. (Hg.)

Freiheit und soziale Verantwortung. Grundsätze liberaler Sozialpolitik, 2001. (Hg.)

Der Freiheit verpflichtet, Band 1: Reden und Aufsätze 1995–2006, hg. v. Jürgen Morlock, 2006. (P)

Literatur

Roland Seeberg-Elverfeldt (Bearb.), Genealogie der Grafen von der Wenge genannt Lambsdorff, 1986.

Hans Leyendecker (Hg.), Das Lambsdorff-Urteil, 1988.

Andreas Wirsching, Abschied vom Provisorium. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1982–1990, 2006.

Jürgen Morlock (Hg.), Der Freiheit verpflichtet, Band 2: Beiträge zum 80. Geburtstag von Otto Graf Lambsdorff, 2007.

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit (Hg.), 30 Jahre „Lambsdorff-Papier“, 2012.

Lexikonartikel:

Walter Henkels, Art. „Otto Graf Lambsdorff“, in: ders., Neue Bonner Köpfe, [9]1978, S. 197 ff.

Uwe Andersen, Art. „Lambsdorff, Otto Graf“, in: Udo Kempf/Hans-Georg Merz (Hg.), Kanzler und Minister 1949–1998, 2001, S. 404–409.

Johannes Scherner, Art. „Lambsdorff, Otto (Friedrich Wilhelm) Graf“, in: Ludolf Herbst/Rudolf Vierhaus (Hg.), Biographisches Handbuch der Mitglieder des Deutschen Bundestages 1949–2002, 2002, S. 478 f.

Onlineressourcen

Kurzbiografie, in: Deutscher Bundestag. (P)

Jürgen Frölich, Otto Friedrich Wilhelm von der Wenge Graf Lambsdorff, Manager, liberaler Politiker, Bundesminister (1926-2009), in: Portal Rheinische Geschichte. (L, P)

Interview über Beschäftigungspolitik in der ARD-Sendung Panorama v. 19.1.1982, in: ARD Mediathek.

Beiträge über Otto Graf Lambsdorff, in: Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. (P)

Vernetzte Angebote der Deutschen Biographie.

Porträts
Fotografien, 1973–2002, Bildarchiv des Bundesarchivs. (Onlineressource)

Autor
→Jürgen Frölich (Bonn)

Empfohlene Zitierweise
Frölich, Jürgen, „Lambsdorff, Otto Graf“ in: NDB-online, veröffentlicht am 01.04.2023, URL: https://www.deutsche-biographie.de/118568914.html#dbocontent

Lizensiert unter CC-BY-NC-ND (https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de)

---

30. September 2024
© Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften

---